



28/2006

Kiel, 20. Februar 2006

Ab Mittwoch tagt der Landtag: Vorschau auf die Themen

Kiel (SHL) – Die Tagesordnung der am kommenden Mittwoch, 22. Februar 2006 beginnenden knapp dreitägigen Landtagssitzung startet um 10:00 Uhr mit einer **Regierungserklärung** von Ministerpräsident Peter Harry Carstensen zur Vogelgrippe.

Es folgt eine von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragte **Aktuelle Stunde**, die sich mit der **Föderalismusreform** befasst. Dabei werden Auskünfte der Landesregierung zu folgenden Fragestellungen erwartet: *„Entscheidungen zur Föderalismusreform: Position der Landesregierung in der Sondersitzung der Ministerpräsidentenkonferenz am 10.03.2006/Die Auswirkungen der seit dem 16.02.2006 geplanten Grundgesetzänderungen auf das Land Schleswig-Holstein.“* Hintergrund ist die in der vergangenen Woche auf Bundesebene erzielte Einigung über Kernpunkte einer Föderalismusreform. Die Kompetenzen von Bund und Ländern sollen grundlegend neu geordnet werden. Kernpunkt der Reformen: Der Anteil der im Bundesrat zustimmungspflichtigen Bundesgesetze wird von derzeit etwa 60 auf 35 bis 40 Prozent reduziert. Dies soll die Gesetzgebung beschleunigen. Zum Ausgleich können die Länder in den Bereichen Bildungs- und Hochschulpolitik künftig eigenständiger entscheiden. Auch das Personalrecht wird zum Teil Ländersache: Die Länder sollen danach allein für die Besoldung und Altersversorgung ihrer Beamten zuständig sein. Statusfragen der Beamten regelt jedoch weiterhin der Bund. Dagegen regt sich Widerstand bei finanzschwächeren Ländern wie Schleswig-Holstein. Grund: Beim Wegfall der bislang einheitlichen Regeln befürchten sie, dass Spitzenkräfte abgeworben werden.

Anschließend geht es um den Ausbau des **Husumer Hafens**. Streitpunkt ist die Frage nach dem Umfang des Ausbaus. Die Stadt hatte sich für eine „große Lösung“ ausgesprochen, das heißt der Hafen sollte zur Verschiffung von Großkomponenten

zum Bau von Offshore-Windanlagen umgerüstet werden. Demgegenüber hatte das Wirtschaftsministerium eine "kleine Lösung" favorisiert, die lediglich den Umbau als Service-Einrichtung zur Wartung von Windanlagen im Meer vorsieht. FDP, Grüne und SSW im Landtag, die sich mehrfach für den Erhalt der ursprünglichen Förder-summe eingesetzt hatten, fordern in einem gemeinsamen Antrag die Landesregierung auf, „jetzt unverzüglich im Sinne des Gutachtens die erforderlichen Mittel für den Ausbau des Husumer Hafens zu bewilligen“ (Drs. 16/569). Einen Bericht zum Sachstand hat die Landesregierung vorgelegt (Drs. 16/580).

Am Nachmittag geht es dann um Familienförderung. Hierzu haben die GRÜNEN einen Antrag vorgelegt (Drs. 16/558). Sie verlangen eine andere familienpolitische Schwerpunktsetzung auf Bundesebene. Die Landesregierung soll demnach eine Bundesratsinitiative zur Abschaffung des Ehegattensplittings einbringen. Mit den frei werdenden Mitteln sollen Länder und Kommunen für beitragsfreie Kindertagesstätten sorgen. Zur 14. Tagung (28. - 30. Juni 2006) soll die Landesregierung dem Landtag ein Konzept vorlegen, „wie noch in dieser Wahlperiode der Einstieg in ein beitragsfreies Kindertagesstättenjahr für alle fünfjährigen Kinder gelingen kann.“

Danach geht es auf Antrag der FDP um die Landwirtschaftliche Sozialversicherung (Drs. 16/585). Die FDP fordert die Landesregierung auf, sich für den Erhalt der Landwirtschaftlichen Sozialversicherung (LSV) in Schleswig-Holstein auszusprechen und gegen die von der Großen Koalition in Berlin geplante Verzahnung der LSV mit den allgemeinen Sozialsystemen Stellung zu beziehen. Zur Begründung weist die FDP darauf hin, dass die LSV, die die Landwirte und ihre Familien sowie im Rahmen der Berufsgenossenschaft die Hof-Angestellten betreut, „ein soziales Sondersystem für Selbständige“ sei, das „eine Vermischung mit einem auf Arbeitnehmer/Arbeitgeber gestützten System nicht zulässt“. Die LSV bietet Leistungen in den Bereichen Unfallversicherung, Alterssicherung, Kranken- und Pflegeversicherung sowie der Unfallverhütung. Nach eigenen Angaben betreut das Unternehmen 56.000 Betriebe im Lande. Im Rahmen der Berufsgenossenschaft sind etwa 200.000 Menschen bei der LSV versichert.

Die Ablehnung des integrierten Börsengangs der Bahn fordern die GRÜNEN in einem Antrag, über den der Landtag dann berät (Drs. 16/560). Sie fordern die Landesregierung auf, im Februar einen Bericht über die Investitionen der Deutschen Bahn AG (DB) in das schleswig-holsteinische Schienennetz vorzulegen. DB und Bundesregierung planen eine Privatisierung durch einen Börsengang. Hierbei ist vor allem die Frage umstritten, inwieweit das 35.000 Kilometer lange Schienennetz ebenfalls privatisiert werden soll. Ein hierzu vom Bundesverkehrsministerium in Auftrag gegebenes Gutachten kommt zu dem Schluss, dass der Börsengang unter Ein-

beziehung des Gleisnetzes bereits 2007 über die Bühne gehen könnte – ansonsten erst drei bis fünf Jahre später.

Danach geht es um das Öffentliche Auftragswesen in Schleswig-Holstein. Dazu hat die Landesregierung einen schriftlichen Bericht vorgelegt (Drs. 16/579). Das jährliche Auftragsvolumen von der öffentlichen Hand an die Wirtschaft beträgt demnach gut 7 Mio. Euro.

Letztes Thema am Mittwoch ist die Steuerbefreiung von Biokraftstoffen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN plädieren in ihrem Antrag dazu für die Beibehaltung der Steuerbefreiung bis 2009 (Drs. 16/576).

Am Donnerstag, 23. Februar 2006, geht es zu Beginn um die Palliativmedizin und Hospizversorgung in Schleswig-Holstein. Auf Antrag aller Fraktionen und des SSW hat die Landesregierung hierzu einen schriftlichen Bericht vorgelegt (Drs. 16/496). Nach Angaben der Landesregierung gibt es in Schleswig-Holstein vier Palliativstationen (im Kieler Uni-Klinikum, in Friedrich-Ebert-Krankenhaus Neumünster, im St. Elisabeth-Krankenhaus Eutin sowie im Katharinen-Hospiz in Flensburg) mit insgesamt 37 Betten. Zudem kümmern sich fünf stationäre Hospiz-Einrichtungen in Rendsburg, Lübeck, Elmshorn, Geesthacht und Kiel mit insgesamt 65 Plätzen um Sterbenskranke. Daneben werden 38 ambulante Hospiz-Gruppen angeboten.

Die FDP fordert die Weiterentwicklung der palliativmedizinischen Versorgung (Drs. 16/587). Die Landesregierung soll sich um Gelder aus einem Förderprogramm der Deutschen Krebshilfe zur Einrichtung von Stiftungsprofessuren und zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen universitären und außeruniversitären palliativmedizinischen Einrichtungen zu bewerben.

Die Beratungsarbeit der Arbeitsloseninitiativen steht auf Antrag des SSW auf der Tagesordnung (Drs. 16/582). Der SSW fordert die Landesregierung auf, sich bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) und bei den Hartz IV-Arbeitsgemeinschaften aus BA und Kommunen für die weitere Bezuschussung von Arbeitsloseninitiativen einzusetzen. Diese Beratungsstellen wurden bis 2005 mit rund 150.000 Euro aus dem Landeshaushalt gefördert. Im Zuge von Hartz IV ist die Zuständigkeit hierfür an die neu gegründeten Job-Center übergegangen. Im Juni soll die Landesregierung dann dem Landtag über ihre Aktivitäten berichten.

Einen Landesbericht zur Armutsbekämpfung fordern die GRÜNEN in einem Antrag (Drs. 16/595), der im Landtag diskutiert wird. Die Landesregierung wird aufgefordert darzulegen, wann sie dem Landtag eine Berichterstattung über die soziale Lage der schleswig-holsteinischen Bevölkerung vorlegen wird.

Ein weiterer Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN befasst sich mit der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 und der Kampagne gegen Zwangsprostitution, die vom Netzwerk „Stoppt Zwangsprostitution“ und dem Deutschen Frauenrat gestartet wurde. Die Landesregierung wird aufgefordert, die Kampagne zu unterstützen. Hintergrund ist die Befürchtung, dass im Zuge der Fußball-Weltmeisterschaft Menschenhandel und Zwangsprostitution stark zunehmen werden.

Am Nachmittag geht es um das Thema Wohnen im Alter. Auf der Grundlage von Anträgen der Opposition (Drs. 16/454) und der Regierungsfractionen (Drs. 16/427) hat der Sozialausschuss dem Plenum empfohlen, letzteren anzunehmen (Drs. 16/531). In der Mai-Sitzung soll die Landesregierung demnach einen Bericht zum Thema "Wohnen im Alter" vorlegen. Thema des Berichtes soll unter anderem sein, mit welchen Strategien Schleswig-Holsteins Landesregierung die Kommunen unterstützt, der steigenden Zahl älterer und pflegebedürftiger Menschen gerecht zu werden.

Danach geht es um einen Landesplan für Menschen mit Behinderungen. Die FDP hatte die Landesregierung aufgefordert, bis zum Juni 2006 ein behindertenpolitisches Gesamtkonzept vorzulegen und ihre Ziele in diesem Bereich darzulegen (Drs. 16/424). Dem schlossen sich die Grünen in einem eigenen Antrag an (Drs. 16/446). In den Beratungen im Sozialausschuss einigten sich die beiden Oppositionsfractionen dann auf ein gemeinsames Papier. CDU und SPD unterstützen in ihrem Antrag „ausdrücklich“ die Bestrebungen der Landesregierung, ein behindertenpolitisches Gesamtkonzept zu erstellen (Drs. 16/462). Landtag und Öffentlichkeit sollen über die wesentlichen Schritte bei der Erarbeitung „aktuell und jeweils zeitnah“ informiert werden. Diesen Antrag empfiehlt der Sozialausschuss dem Landtag mit CDU/SPD-Mehrheit zur Annahme – FDP und Grüne waren mit ihrem Vorstoß an der Koalitionsmehrheit gescheitert (Drs. 16/530).

Nächstes Thema sind branchenspezifische Mindestlöhne und die Ausweitung des Entsendegesetzes. Auf Basis eines Antrags von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 16/20) legt der Wirtschaftsausschuss dem Plenum eine vorsichtig-positive Stellungnahme zur Einführung von Mindestlöhnen in bestimmten Branchen und zum Entsendegesetz des Bundes vor (Drs. 16/588). Insbesondere im Bausektor, so der Ausschuss mit schwarz-rot-grüner Mehrheit, seien Mindestlöhne auf „eine hohe Akzeptanz“ gestoßen und hätten zum Erhalt von Arbeitsplätzen beigetragen. In anderen Branchen hingegen gebe es „große Bedenken“. Beim Entsendegesetz empfiehlt der Ausschuss die Ausweitung auf weitere Branchen, etwa auf die Gebäudereiniger. Hintergrund: Das Entsendegesetz hat der Bundestag 1996 zum Schutz der Baubranche vor Billiglohnkonkurrenz beschlossen. Es schreibt auf deutschen Baustellen den Mindesttarif auch für die von ausländischen Firmen entsandten Arbeitnehmer

vor. Außer auf dem Bau gilt das Entsendegesetz auch im Maler-, Lackierer- und Dachdeckerhandwerk, im Abbruch- und Abwrackgewerbe und in der Seeschifffahrt. Danach gibt die Landesregierung dem Parlament einen Bericht über den Stand des Revisionsverfahrens nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) II (Drs. 16/571). Dabei geht es um die Bundesbeteiligung an den Kosten für Unterkunft und Heizung für Leistungsberechtigte nach SGB II. Die Landesregierung betont, dass sie die durch die so genannten Hartz IV-Reformen entstandenen Netto-Entlastungen im Haushalt an die Kommunen weitergebe.

Am Freitag, 24. Februar 2006, geht es zunächst auf Antrag der FDP um Bilinguale Bildungsangebote in Kindergärten und Schulen (Drs. 16/564). Darin wird die Landesregierung aufgefordert, die Entwicklung bilingualer regionaler Bildungsnetzwerke zu fördern.

Einen Modellversuch „Selbstständige Schule“ fordert die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in einem Antrag dazu (Drs. 16/491 neu). Schulen aller Schularten sollen sich um die Teilnahme daran bewerben können. Für die Beteiligten soll es keinerlei Input-Kontrolle geben. Lediglich die Qualität der Ergebnisse soll geprüft werden. Die GRÜNEN verweisen auf vergleichbare Modellversuche in anderen Bundesländern. Sie versprechen sich davon neue erfolgreiche Wege für die weitere Entwicklung des Schulwesens.

Es folgt ein Bericht der Landesregierung über Zukunftsfähige Energiepolitik für Schleswig-Holstein (Drs. 16/581). Darin betont die Landesregierung, dass nur ein Mix aus verschiedenen Trägern die Versorgungssicherheit und die Umweltverträglichkeit gewährleiste. Den größten Anteil an der Energieerzeugung hat die Kernenergie mit 73,7%, gefolgt von der Steinkohle (17,1%) und Windenergie bzw. Fotovoltaik (9,6%).

Danach wird der Tätigkeitsbericht der Innovationsstiftung 2004 diskutiert.

Letzter Punkt der Tagesordnung ist die Fragestunde. Hierzu hat der Abgeordnete Klaus Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) folgende Frage an die Regierung eingereicht: „Wie erklärt die Landesregierung den Widerspruch zwischen dem Finanzministerium (Umdruck 16/573 vom 10.02.2006), dass der Vertretungsfonds für Grund- und Hauptschulen nur zu 67 % ausgeschöpft, 2.470.600 Euro nicht ausgegeben und davon 245.700 Euro als Globale Minderausgabe 2005 gebucht worden seien, und des Bildungsministeriums, das am 16.02.2006 in einer Pressemitteilung erklärt hat, dies stimme gar nicht, diese Aussage sei nur aus ‚haushaltstechnischen Gründen‘ gemacht worden, in Wahrheit hätte man dort aber gar nicht gekürzt und das Geld sei komplett für den Vertretungsfonds an Grund-, Haupt- und Realschulen verwendet worden?“

Reihenfolge der Beratung der 10. Tagung

Hinweis: Soweit einzelne Tagesordnungspunkte durch Fettung hervorgehoben sind, ist der **Beginn der Beratung zeitlich festgelegt**.

| TOP | angemeldete Redezeit | Voraussichtl. Beginn der Beratung |
|-------------------------------------|---|-----------------------------------|
| Mittwoch, 22. Februar 2006 | | |
| | 65 | 10:00 |
| | Regierungserklärung zum Thema „Vogelgrippe“ | |
| 1 | 60 | 11:05 |
| | Aktuelle Stunde zur Föderalismusreform | |
| 11 u. 36 | 60 | 12:05 |
| | Bericht zum Sachstand Husumer Hafen und Antrag „Offshore-Hafen Husum zügig ausbauen“ | |
| 5 | 60 | 15:00 |
| | Vorfahrt für Kinder – Familienförderung weiter entwickeln | |
| 17 | 30 | 16:00 |
| | Landwirtschaftliche Sozialversicherung | |
| 7 | 30 | 16:30 |
| | Ablehnung des integrierten Börsengangs der Bahn | |
| 35 | 30 | 17:00 |
| | Öffentliches Auftragswesen in Schleswig-Holstein | |
| 13 | 30 | 17:30 |
| | Steuerbefreiung von Biokraftstoffen beibehalten | |
| Donnerstag, 23. Februar 2006 | | |
| 19 u. 32 | 60 | 10:00 |
| | Bericht zur Palliativmedizin und Hospizversorgung und Antrag zur Weiterentwicklung der palliativmedizinischen Versorgung, Ausbildung und Forschung | |
| 14 | 30 | 11:00 |
| | Beratungsarbeit der Arbeitsloseninitiativen | |
| 24 | 60 | 11:30 |
| | Landesbericht zur Armutsbekämpfung | |
| 10 | 30 | 12:30 |
| | Fußball-Weltmeisterschaft 2006: Rote Karte für Zwangsprostitution | |
| 27 | 65 | 15:00 |
| | Wohnen im Alter | |
| 26 | 35 | 16:05 |
| | Landesplan für Menschen mit Behinderungen | |
| 30 | 35 | 16:40 |
| | Branchenspezifische Mindestlöhne und Ausweitung des Entsendegesetzes | |
| 34 | 30 | 17:15 |
| | Bericht über den Stand des Revisionsverfahrens nach dem SGB II | |
| Freitag, 24. Februar 2006 | | |
| 9 | 60 | 10:00 |
| | Bilinguale Bildungsangebote in Kindergärten und Schulen | |
| 3 | 35 | 11:00 |
| | Modellversuch „Selbständige Schulen“ | |
| 37 | 60 | 11:35 |
| | Zukunftsfähige Energiepolitik für Schleswig-Holstein | |
| 38 | 30 | 12:35 |
| | Tätigkeit der Innovationsstiftung 2004 | |
| 39 | 30 | 13:05 |
| | Fragestunde, Frage des Abg. Klaus Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betr. Vertretungsfonds Grund-/Haupt- und Realschulen | |

Zu den folgenden Tagesordnungspunkten sind eine Aussprache sowie feste Zeiten des Aufrufs nicht vorgesehen.

| TOP | | Bericht- erstattung |
|-----|--|------------------------|
| 2 | Gesetz zur Anpassung an das Kostenrechtsmodernisierungsgesetz | 5 |
| 4 | Vertrauensleute für die Wahl der Richterinnen und Richter des Flurbe- reinigungsgesichtes | - |
| 6 | Vorfahrt für Kinder – Kostenlose Kinderbetreuung umsetzen | - |
| 8 | Zukunft des Wirtschaftsraumes Brunsbüttel | - |
| 12 | Zuordnung von Übertragungskapazitäten für mobile Rundfunkgeräte | - |
| 15 | Entwicklung der Ostseehäfen | - |
| 16 | Vertrauensleute für die Wahl der Richterinnen und Richter beim Finanz- gericht | - |
| 18 | Flensburg als Testregion für die Einführung einer Gesundheitskarte | - |
| 20 | Integration von Menschen mit Behinderungen in den öffentlichen Dienst | - |
| 21 | EU-Programme für Ländliche Räume, Umwelt und Landwirtschaft | - |
| 22 | Ambulante Betreuung, ambulante Pflege | - |
| 23 | AIDS Prävention hat Vorrang | - |
| 25 | EU-Verfassung | |
| 28 | Sichere Lebensmittel – Besserer Verbraucherschutz | 5 |
| 29 | „Europäische Identität in Schleswig-Holstein schaffen!“/„Schleswig- Holstein stärkt das „Europa der Regionen“ | 5 |
| 31 | Früher wahrnehmen – schneller handeln – besser kooperieren – zum Wohle unserer Kinder | 5 |
| 33 | Bericht „Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf“ | - |

Weitere Informationen liefert die Landtagspressestelle im Internet unter www.sh-landtag.de bei *plenum online* und in der Infothek.

Kiel TV (Offener Kanal Kiel) überträgt die Plenartagung wie gewohnt live im Fernsehen.